

“SACHGERECHT UND BÜRGERNAH FÜR FREIBURG”

Im Freiburger “Stadtkurier” ist am 14. Juli 2016 auf der dritten Seite eine ganzseitige Anzeige der Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg (FL/FF) erschienen. Sie ist der Auftakt einer Reihe von Maßnahmen, um die Bürger von Freiburg über die Inhalte und Ziele der Fraktion aus erster Hand und direkt zu informieren sowie über deren Arbeit im Gemeinderat zu berichten.

Hier die Anzeige im “Stadtkurier” vom 14.07.2016:

FL/FF seit zwei Jahren im Gemeinderat: Sachgerecht und bürgernah für Freiburg



- Wir haben **im Gemeinderat viel erreicht**, und sind **unseren Leitmotiven** treu.
- Viele **sinnvolle Bauprojekte** haben wir mitgetragen.
- **Gegen ein sinnloses „Baum auf Teufel komm raus“** weichen wir uns weitest mit 13 vom Rücktritt.
- **Für den Erhalt der Kleingärten** im Stadtgebiet und gegen deren Vernichtung haben wir uns eingesetzt.
- Den Abriss denkmalgeschützter und stadt- und landschaftsprägender Gebäude verurteilen wir und machen uns **für mehr Denkmalschutz** stark.
- **Gegen die ausländerfeindlichen Agitationen** der AfD haben wir **klärende sachliche Stellung** bezogen.
- Und wir haben für **neue Mehrheiten im Gemeinderat** gesorgt.



Veränderung der politischen Landschaft

Seit zwei Jahren vertritt nun die Fraktion Freiburg Lebenswert/Für Freiburg (FL/FF) als eine von 13 Gruppierungen im Gemeinderat die Interessen ihrer Wähler und aller Freiburger Bürger. Keine andere Fraktion ist auf öffentlichen Veranstaltungen, in Anhörungen, in der Gemeindefest, und bei Bürgergesprächen so präsent wie FL/FF.

Hat die neue Konstellation im Gemeinderat auch zu veränderten politischen Vorgängen geführt? Klare Antwort: ja. Das ist weniger eine Folge der Stimmverteilung als vielmehr der Impulse, die durch die neuen Räte eingebracht werden. Der unverstellte Blick auf Vorgänge und Probleme in der Stadt ermöglicht eine sachgerechte und bürgernahe Einschätzung der Erfordernisse. Das hat in den vergangenen zwei Jahren dieser Legislaturperiode zu teilweise neuen Mehrheiten geführt. Die Kräfteverhältnisse vor der Wahl hatten berechenbare Mehrheiten vorgegeben;

diese Eindeutigkeit besteht aufgrund veränderter Gewichtungen nicht mehr. Insoweit ist erhebliche Bewegung in den Gemeinderat gekommen – und gerade nicht die zu negativen Befürchtungen. Vor allem ziehen Bürger und Stadtplaner hier an einem Strang. Sie fordern gemeinsam „ein Konzept, wie man Häuser vor dem Abriss bewahren kann, die zwar nicht unter Denkmalschutz stehen, aber prägend für die Stadt sind“ und fragen sich „wie die Städte in die Vorhand gehen und stadt- und landschaftsprägende historische Gebäude auf Dauer besser schützen können.“ (Stuttgarter Zeitung). Dazu dienen inventarisierten und Erhaltungssatzungen. In Freiburg sind dagegen noch nicht einmal die denkmalgeschützten Häuser sicher vor Abriss.

Für den Erhalt stadt- und landschaftsprägender Gebäude

Die Landeshaupstadt Stuttgart (die nebenbei bemerkt auch von einem grünen Oberbürgermeister regiert wird) ist in Bezug auf den Erhalt historischer Gebäude sehr viel weiser als Freiburg. Vor allem ziehen Bürger und Stadtplaner hier an einem Strang. Sie fordern gemeinsam „ein Konzept, wie man Häuser vor dem Abriss bewahren kann, die zwar nicht unter Denkmalschutz stehen, aber prägend für die Stadt sind“ und fragen sich „wie die Städte in die Vorhand gehen und stadt- und landschaftsprägende historische Gebäude auf Dauer besser schützen können.“ (Stuttgarter Zeitung). Dazu dienen inventarisierten und Erhaltungssatzungen. In Freiburg sind dagegen noch nicht einmal die denkmalgeschützten Häuser sicher vor Abriss.

Ein weiteres Beispiel ist Göppingen. „Hier hat man eine Stadtbildanalyse und einen Masterplan erstellt und daraus eine Gestaltungssatzung „destilliert“; darin werden Vorgaben für Neubauten in der massstädtischen Innenstadt gemacht.“ Zwar hat Freiburg einen Gestaltungsbetrag, die Stadt ist von einer Gestaltungssatzung, einem Masterplan, einer Inventarliste oder einer Er-

haltungssatzung leider weit entfernt. Vielleicht kann man sich ja Stuttgart sowie andere Städte in Baden-Württemberg und darüber hinaus zum Vorbild nehmen. Man könnte auch historische Gebäude in Freiburg retten – wenn man nur wollte!



Mooswald überproportional belastet

Im Stadtteil Mooswald wird derzeit viel gebaut und es werden weitere große Flächen geplant. Das Stadtviertel ist überproportional durch Nachverdichtung und Neubebauung betroffen und belastet. Nach Auskunft des Dezernats V werden und wurden allein im jüngsten Zeit ca. 330 neue Wohnungen erstellt: So z.B. Berliner Allee/Alte (60-70 Wohnungen), Norma Markt (70-80), Carl-Siedler-Weg (10), Breiter Hof (ca. 25). All diesen Projekten hat FL/FF zugestimmt. Der Vorwurf: wir würden eine Politik der „Käseblocker“ betreiben, ist deshalb eine Verleumdung, die in keiner Weise der Wahrheit entspricht.

Nach der Planung allerdings ein Maß erreicht, die den Mooswald und den gleichnamigen Stadtteil in einer Weise belastet, die nicht mehr hinnehmbar ist. So sind im Quartier Stefanweg und im Quartier Drachenweg erhebliche Wohnbauflächenvermehrungen geplant (tellen in Letzterem ca. 80 Wohnungen). Außerdem sollen im Mooswald West (Paulus-Allee) 300 bis 500 Wohnungen und 200 bis 250 weitere im Gewerbegebiet (Eisenstadt) entstehen. Bei diesen enormen Zahlen sind die bereits gebauten

„Westarkaden“ (275) oder der 17. noch im Bau befindlichen Großanlagen „Sonneho“ (ca. ca. 200) und Berliner Allee (140) gar nicht mitzurednen.

Wären alle hier genannten Zahlen zusammengefasst, so ergibt sich nur für den Stadtteil Mooswald eine Anzahl von mindestens 1.400 Wohnungen, die in letzter Zeit gebaut werden bzw. gebaut werden sollen. Offensichtlich wird nicht nur eine Verdopplung der von Experten als notwendig erachteten Zahl an Neubauwohnungen in Freiburg geplant, sondern mit einem Großteil dieser Wohnungen soll nun einseitig der Stadtteil Mooswald belastet werden. Dies bedeutet einen Eingriff in die gewachsene Siedlungsstruktur und eine damit verbundene Zerstörung des Stadtteils.

Menschenverachtende Parolen gegen Flüchtlinge in Landwasser

Die Bürgerinformation zur geplanten Flüchtlingsunterbringung in Landwasser wurde von Mitgliedern der rechtspopulistischen AfD genutzt, um menschenverachtende Parolen in die Öffentlichkeit zu tragen. Stadträtin Schrempf musste aufgrund des unehrlichen Verhaltens der Versammlung darauf aufmerksam machen, dass in Mitteleuropa Regeln gelten und Anstand gebietet ist. Sie stellte klar, dass die von der AfD genannten Zahlen falsch sind und nur der letzte Personenstand und Land können für die Kosten für Flüchtlinge auf und der städtische Haushalt würde nicht belastet, solange Asylverfahren nicht abgeschlossen sind.

Die Verweigerung der Flüchtlinge innerhalb der Stadt sei keineswegs „erzwingend“, wie die AfD weismachen wollte. Als Stadträtin

habe sie für Integration, Sprache, Schulbildung, menschenwürdige Unterkunft, medizinische Hilfe der Menschen zu sorgen, die integrationswillig seien. Gleichzeitig betonte sie aber, dass jene, die unsere Lebensordnung, unsere Gesetze, insbesondere die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft nicht akzeptieren, ihr Bleiberecht verweigert hätten.

Stadträtin Schrempf sprach dem Dezernat von Bürgermeister von Karlsruhe höchste Anerkennung für die Leistung in der Vergangenheit aus. Sie habe noch nie eine solche Verantwortung erlebt, aber trotzdem sei deutlich geworden, dass die gezielte Aktion der AfD nicht von Erfolg gekrönt war, denn die Bevölkerung in Landwasser wisse, dass mit Agitation und Hetze kein Problem zu lösen sei.

Wir kämpfen für das Freibad im Westen Freiburgs

Die Stadtteile im Westen wachsen überproportional in den Stadtteilen Mooswald und Bezzenhausen-Bischoldingen leben erfrischenderweise viele Familien mit Kindern. Seit mehr als dreizehn Jahren kämpfen wir hier für die Wiedereröffnung des Freibades, das 2003 aus Kostengründen geschlossen wurde. Seitdem verläßt das Außenbecken des Westbades, Verwaltung und Politik haben es trotz deutlicher Verbesse- rung der finanziellen Situation der Stadt nicht geschafft, dieses dringend erforderliche Freibad wieder zu eröffnen. Es kann nicht sein, dass hier weitere Gebiete bebaut werden und kein Wort über wohnernahe Sport- und Freizeitflächen verloren wird.

Knapp 60.000 Menschen leben im unmittelbaren Einzugsbereich des Westbades – ohne Freibad! Die Familien müssen erzwungen durch ganz Freiburg in überfüllte Freibäder fahren, oder was viel häufiger passiert, die Freibäder in Durlingen, Lenggen oder anderen Orten nutzen. Ein Freibad – Naturbad oder herkömmliches Bad – im Westen ist überfällig!



Hier zur besseren

Betrachtung: [die Anzeige als PDF-Datei](#)

Und hier der Inhalt kurz zusammengefasst:

- Wir haben im Gemeinderat viel erreicht und sind unseren Leitlinien treu geblieben.
- Vielen sinnvollen Bauprojekten haben wir im Gemeinderat zugestimmt. Der Vorwurf, wir wollten eine "Käseglocke" über Freiburg stülpen ist deshalb völlig ungerechtfertigt und falsch.
- Gegen ein sinnloses „Bauen auf Teufel komm raus“ wehren wir uns weiter mit allem Nachdruck.
- Für den Erhalt der Kleingärten im Stadtgebiet und gegen deren Vernichtung haben wir uns als einzige Fraktion eingesetzt.
- Den Abriss denkmalgeschützter und stadtbildprägender Gebäude verurteilen wir und setzen uns für mehr Denkmalschutz, Inventarlisten und Erhaltungssatzungen ein.
- Gegen die ausländerfeindlichen Agitationen der AfD haben wir (nicht nur in Landwasser) leidenschaftlich Stellung bezogen.
- Und wir haben für neue Mehrheiten im Gemeinderat gesorgt.